

FRANKREICH / Die Illusion linker Verfassungsgegner: ein Nein am 29. Mai als Einstieg in Kerneuropa

Reif für die Insel

Wenn das Referendum scheitert, stehen Berlin und Paris erstmals auf unterschiedlichen Seiten. Experten fürchten, dass es zum Bruch kommt.

■ THOMAS GUTSCHKER

Von „schleichendem Realitätsverlust“ der politischen Klasse spricht ein deutscher Diplomat in Paris. „Das Gewicht Frankreichs wird sehr geschwächt, wenn das Referendum scheitert“, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Angelika Schwall-Düren. Ihr Kollege aus dem Europäischen Parlament, Jo Leinen (SPD), warnt gar, dass Frankreich eine Lektion erteilt bekomme, wenn nur ein oder zwei Staaten die Verfassung nicht ratifizierten:



VORSPRUNG: Gegner der EU-Verfassung führen die Umfragen an.
Foto: Alain Denantes/Gamma

„Frankreich wäre eine Insel des Nein in einem Meer des Ja.“ Der Gründungsstaat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, ausgeschlossen aus der Europäischen Union? Deutschland und Frankreich, über Jahrzehnte der Motor der Integration, zum ersten Mal in einer zentralen Frage auf verschiedenen Seiten?

Düstere Szenarien gehen um unter jenen, die sich berufsmäßig mit Frankreich und der Europäischen Union beschäftigen. Zu Wochenbeginn sah die siebte Umfrage in Folge das Lager der Verfassungsgegner bei der Volksabstimmung vorne; ihr Anteil schwankt zwischen 52 und 54 Prozent. Wenn an diesem Sonntag wahr wird, was bis Mitte März sich niemand vorzustellen wagte, steht nicht nur die EU vor dem größten Einschnitt in fünfzig Jahren europäischer Einigung. Auch dem deutsch-französischen Paar droht die schwerste Ehekrise, seit Konrad Adenauer und Charles de Gaulle 1963 den Elysée-Vertrag besiegelten.

Wie bei vielen Ehekrisen scheint es auch hier zu sein: Die Partner schätzen ihre Situation völlig unterschiedlich ein. Als jetzt eine Woche vor dem französischen Referendum 180 Politiker, Wissenschaftler und Journalisten zum Deutsch-Französischen Dialog in der Europäischen Akademie Otzenhausen zusammenkamen, staunten die deutschen Vertreter über den Optimismus ihrer Gesprächspartner. Zwar rechnen die meisten mit einem „Non“ am 29. Mai, doch sehen viele diese Ablehnung als Chance zum Einstieg in eine umso engere deutsch-französische Union.

„Paris und Berlin können zusammen viel mehr machen, als jemals in Brüssel möglich wäre“, sagt Henri de Grossouvre. Der Direktor der Denkfabrik „Alsace“ stellt sich einen politischen Club vor, dem neben den Benelux-Staaten und Italien – den Gründern der Montanunion – auch Österreich

und Ungarn beitreten könnten. Diese Staaten sollten dann jene politische Integration verwirklichen, die in einem Europa der 25 längst nicht mehr möglich sei, und so ihre sozialen Standards sichern.

Eine ähnliche Position vertritt der frühere sozialistische Ministerpräsident Laurent Fabius. Zwar hat der Regierungschef von 1984 bis 1986 die Urabstimmung seiner Partei über ein „Nein“ zur Verfassung verloren. Doch zieht er unverdrossen durch die Lande, um für ein „proeuropäisches Nein“ – gegen die wirtschaftsliberale Verfassung, für eine soziale EU – zu werben. Fabius stellt sich eine Union in drei konzentrischen Kreisen vor. Der innere Kreis werde von jenen Ländern gebildet, „die den Willen und die Fähigkeit haben, schnell in Richtung einer tieferen Integration voranzukommen“ – das sind die zwölf Euro-Staaten. Die anderen heutigen Mitglieder versammeln sich im mittleren Kreis, sei es „übergangsweise oder dauerhaft“. Der äußere Kreis umfasst schließlich alle weiteren Kandidaten als nur mehr assoziierte Mitglieder ohne Sitz und Stimme in den Institutionen.

Solche Überlegungen, die an das deutsche Konzept eines Kerneuropas erinnern, stoßen nicht nur bei einem erheblichen Teil der linken Verfassungsgegner auf Widerhall. Sie liegen auch in den Schubladen der französischen Diplomatie. Einen Einblick gewährte der Quai d'Orsay im November 2003. Kurz bevor die Regierungen das erste Mal über die EU-Verfassung entschieden, ventilierte der damalige Außenminister Dominique de Villepin die Idee eines „deutsch-französischen Bundes“ – „die einzige geschichtliche Wette, die wir nicht verlieren können“. Verstanden wurde das als Druckmittel, um die widerspenstigen Polen und Spanier zum Einlenken zu bewegen. Obwohl der Brüsseler Gipfel an deren Blockade scheiterte, machte Berlin deutlich, dass es einen zweiten Anlauf wünschte, der zum heutigen Vertragsentwurf führte.

Nun berichten deutsche Diplomaten abermals von bohrenden Fragen ihrer Kollegen: Was Deutschland denn tun werde, wenn Frankreich die Verfassung ablehne? Ob dann nicht ein Zweierbund als Einstieg in Kerneuropa das Gebot der Stunde wäre? „Obwohl wir klipp und klar erklären, dass es dazu nicht kommen wird, glaubt man uns nicht“, sagt ein Mitglied der Pariser Mission. „Dann heißt es: Ihr redet ja nur jetzt so, aber nach dem Referendum wird alles anders sein.“

Das aber bezweifeln auch andere Kenner der deutsch-französischen Beziehungen. „Bei einer Ablehnung stehen wir vor einer tiefen Vertrauenskrise in der EU und besonders zwischen Deutschland und Frankreich“, prognostiziert Mathias Jopp, Direktor des Instituts für Europäische Politik in Berlin. Kerneuropa werde es überhaupt nicht geben – denn es müsste Paris ausschließen. Wie Jopp verweist der Europaabgeordnete Leinen darauf, dass schon vier neue EU-Mitglieder die Verfassung ratifiziert haben. Diese könne man nicht übergehen. Leinen und Jopp empfehlen, die Ratifikation des Vertragswerks auch im Fall des „non“ fortzusetzen. Beide würden die damit verbundene Spaltung zwischen Paris und Berlin hinnehmen – in der Hoffnung, dass erst das Schockerlebnis europäischer Vereinsamung die Franzosen wieder zur Vernunft bringt.

Was aber, wenn der Schock nicht eintritt? Eneko Landáburu, Generaldirektor der EU-Kommission für Außenbeziehungen und selbst glühender Verfechter eines Kerneuropas, macht darauf aufmerksam, dass unter den Verfassungsgegnern viele sind, die die EU grundsätzlich ablehnen. Der spanische Sozialist fürchtet daher „einen Abbruch des europäischen Elans und den Anstieg des Nationalismus“.

Hubert Haenel, französischer Senator und Mitglied des Verfassungskonvents, malt ein anderes Schreckgespenst an die Wand: „Deutschland wird sich stärker nach Osten als nach Westen orientieren.“ Seine Landsleute, sagt Haenel, schlitterten direkt in eine Katastrophe. Wenn sie niemand stoppt, droht nach dem berauschten Widerstand gegen Brüssel ein langer, schmerzhafter Kater.